

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Jahrgang 214

für Anhalt und Thüringen.

1921 Nr. 11

Beyzugspreis: für Halle und ansonsten bezogen monatlich Mk. 1,40, vierteljährlich Mk. 4,20, halbjährlich Mk. 8,40, jährlich Mk. 16,80. Durch die Post bezogen jährlich postal. Beitragsf. 16,80.
Morgen-Ausgabe
Sonnabend, 8. Januar
Anzeigenpreis: Die Spalte 10 mm breit, 10 Zeilen hoch, 100 Wörter. Die Spalte 15 mm breit, 10 Zeilen hoch, 150 Wörter. Die Spalte 20 mm breit, 10 Zeilen hoch, 200 Wörter. Die Spalte 25 mm breit, 10 Zeilen hoch, 250 Wörter. Die Spalte 30 mm breit, 10 Zeilen hoch, 300 Wörter. Die Spalte 35 mm breit, 10 Zeilen hoch, 350 Wörter. Die Spalte 40 mm breit, 10 Zeilen hoch, 400 Wörter. Die Spalte 45 mm breit, 10 Zeilen hoch, 450 Wörter. Die Spalte 50 mm breit, 10 Zeilen hoch, 500 Wörter. Die Spalte 55 mm breit, 10 Zeilen hoch, 550 Wörter. Die Spalte 60 mm breit, 10 Zeilen hoch, 600 Wörter. Die Spalte 65 mm breit, 10 Zeilen hoch, 650 Wörter. Die Spalte 70 mm breit, 10 Zeilen hoch, 700 Wörter. Die Spalte 75 mm breit, 10 Zeilen hoch, 750 Wörter. Die Spalte 80 mm breit, 10 Zeilen hoch, 800 Wörter. Die Spalte 85 mm breit, 10 Zeilen hoch, 850 Wörter. Die Spalte 90 mm breit, 10 Zeilen hoch, 900 Wörter. Die Spalte 95 mm breit, 10 Zeilen hoch, 950 Wörter. Die Spalte 100 mm breit, 10 Zeilen hoch, 1000 Wörter.
Geldfälscher Berlin: Bernburger Str. 80. Fernruf Amt Kurfurt Nr. 2420
Elaine Berliner Schriftleitung. — Der'aa u. Druck von Otto Hehle, Halle-Z. 20

Finanzkonferenz und Abstimmung

Eine neue „Reuter“-Note

X London, 7. Januar

In einer heute veröffentlichten Erklärung des „Reuter-Büros“ heißt es:

Die offiziellen englischen Kreise vermögen nicht einzusehen, warum die französische Presse wegen der angeblichen Meinungsverschiedenheiten zwischen der englischen und französischen Regierung Kommentare wie die letzten veröffentlicht. Die englische Regierung ist vollkommen davon überzeugt, daß man gelegentlich der nächsten Zusammenkunft der alliierten Ministerpräsidenten zu der Einsicht kommen werde, daß über alle wesentlichen Punkte vollkommenes Einverständnis herrsche. England vermag auch nicht einzusehen, daß schwerwiegende Meinungsverschiedenheiten in den einzelnen Fragen entstehen sollten. In diesem Augenblick besitzt man noch keinerlei Details bezüglich der nächsten Konferenz der Ministerpräsidenten, doch ist man der Ansicht, daß, falls die Weisfäher Finanzkonferenz ihre Arbeit bis zum 10. Januar aufnehmen würde, die Entscheidung der Konferenz wahrscheinlich noch seinen genügenden Fortschritt gemacht haben wird, um den Gegenstand einer endgültigen Abstimmung auf der Pariser Konferenz zu bilden.

Die Frage der Volksabstimmung in Schlesien wurde nicht verhandelt, obwohl die Abstimmung der außerparlamentarischen Kräfte nicht geklärt ist. Der Verlust irgend-eines Teiles von Schlesien wird nicht notwendigerweise jenem Ziel zufallen, der Mehrheit der Stimmen gelegentlich der allgemeinen Abstimmung haben wird. Diese ganze Frage bleibt noch einer endgültigen Regelung vorbehalten. Wenn die Volksabstimmung sofort stattfinden würde, müßte man dennoch drei Monate warten, bis das Ergebnis festgestellt ist. Infolgedessen sehe man in England nicht ein, wie die Frage der Entscheidung sich in einer mehr oder weniger abschließenden Form bei der Pariser Konferenz darstellen könne.

Das „Echo de Paris“ erklärt ferner, daß im vorstehenden „Reuter“-Kommentar manches dunkel sei, da man die Frage der Abstimmung in Oberschlesien mit der Entscheidung der Volksabstimmung verknüpfen wolle. In dem Augenblick, wo eine Frist von drei Monaten zur Bestimmung des Abstimmungsergebnisses nötig ist, während andererseits die Abstimmung selbst für den Monat März angelegt werden soll, ist es unmöglich, das Ergebnis dieser Volksabstimmung bei der Festlegung der Volksabstimmung zu berücksichtigen, da die Höhe der von Deutschland zu leistenden Zahlungen von der Wiederermittlungskommission bis zum 1. Mai 1921 festgelegt werden sollte.

w. Berlin, 7. Januar.

Nach den letzten Mitteilungen findet die Wiederaufnahme der Pariser Konferenz am 15. Januar statt.

Gegen Frankreichs Gewaltpolitik

b. Rom, 7. Januar.

General A. Benicenga unterzieht heute früh im „Temo“ die deutsche Abrüstungsfrage einer eingehenden Betrachtung. Nur bärer Wahnsinn konnte eine solche Forderung suggerieren. Dürfte Deutschland sämtliche Gewinne des Versailler Vertrages erfüllen, so wäre Europa heute bei

kommunistischen Revolution verfallen. Statt dessen hat Deutschland die Welt vor dem Volkswort und gereizt; zumal Bayern und Preußen, die die größten Gefahr ausgeht sind, kann man keine Vorwürfe machen. Die Wahrheit ist, daß Frankreich das Gerücht Deutschlands füllt und ahnt, daß Deutschland über die Waffen des Viehes verfügt. Frankreich fühlt aber auch, daß es selbst eine Gefahr des Niederganges durchmacht. Daher seine Wut über Deutschland den Garaus zu machen. Aber Formosin ist ihm hierzu recht. Der erste Schritt auf dem Wege nach Berlin ist die Regelung des Ruhrgebietes. Aber die Verhandlungen, die Frankreichs Mißbilligung bei der Auflegung des Versailler Vertrages waren, werden Frankreich nicht fällen.

Von gut informierter Seite wird behauptet, daß Italien auf der Pariser Konferenz tatsächlich seinen ganzen Einfluß zur Bekämpfung der französischen Vorläufe aufbieten werde. Die „Politik“ nachheißende „Stampa“ berichtet, daß Italien sein Bestreben inoffiziell erklärt hat, in dem deutsch-französischen Konflikt über die angeblichen Vertragsverletzungen von Spa eine bestimmte Tätigkeit einzunehmen.

b. Washington, 7. Januar.

Dem Staatsdepartement ist eine Mitteilung der französischen Regierung zugekommen, in der es heißt, daß Deutschland gewisse Vertragsbedingungen nicht erfüllt habe. Das Staatsdepartement hat andererseits erfahren, daß Frankreich die Befehle des Ruhrgebietes und die Zurückhaltung der rheinischen Provinzen in Frankreich. Das Staatsdepartement erklärt, der Ansicht durchaus unumwunden gegenüberzutreten, daß Deutschland zu bestrafen sei, falls es sich zeigt, daß es eine Bestimmung des Friedensvertrages nicht durchzuführen könne. Dem Staatsdepartement sei der Nachweis erbracht, daß Deutschland nicht in der Lage sei, eine gewisse Anzahl von Bestimmungen des Friedensvertrages durchzuführen.

Kein Entente-Ultimatum

Der Vorstoß der internationalen militärischen Kontrollkommission General Koller ist aus Paris wieder in Berlin eingetroffen. Durch die Beratung Paris von behauptet, daß General Koller der Überbringer eines Ultimatums an die deutsche Regierung sein werde, des Inhalts, daß die Einwohnerviertel in Bayern und in Ostpreußen bis zum 15. Januar d. J. entvölkert und ausgelöst werden müssen. Nach der „Post“ entspricht diese Mitteilung des englischen Platos nicht den Tatsachen. Von einem Ultimatum, das General Koller überbringen sollte, ist nicht die Rede, konnte auch gar nicht die Rede sein, weil die Entwölkungsfrage noch Gegenstand der Beratungen zwischen den Regierungen der Entente bleibt ist und eine Entscheidung erst in Paris am 15. Januar der Ministerpräsidenten getroffen werden dürfte, die am 19. Januar in Paris beginnt.

h. Berlin, 7. Januar.

General Koller ist, wie bereits gemeldet, heute früh in Berlin eingetroffen. Wie die „Nationalzeitung“ aus wohl unterrichteter Quelle hört, hat Koller in Paris die Angelegenheiten der Einwohnerviertel für die augenblicklich wichtigste Frage bezeichnet. Das Urteil über die Wehren lautet dahin, daß die nicht abhürgerliche Autorisationen anerkannt werden können, jedoch lediglich als den dort der Befehl und der monastischen Zensuren betraut werden müßte. In der Frage der Befestigung der Sicherheitspolizei will er bei der deutschen Regierung gleichfalls einen bösen Willen feststellen haben. Er meint, daß die deutsche Regierung zwar die Verfügung über die Aufhebung der Sicherheitspolizei anstreift, aber dieselbe nicht angewendet habe. Was die Frage der Munitionslieferungen und überhaupt die Material-Angelegenheiten betrifft, so lautet sein Urteil günstiger, da er anerkennt, daß die Regierung ihren Verpflichtungen mit aufrichtiger Bemühung nachzukommen sucht.

Der 18. Januar und die Angst vor unserer großen Vergangenheit

Der Erlaß des preussischen Unterrichtsministers Goenrich über die Schulfeier am 18. Januar, ist ein merkwürdiger Gieranz, um die für die heutigen republikanischen Staatsleider unabweimenden Erinnerungen, und dementsprechend müssen die Schulfeier ein eigenartiges Zwitterding werden, bei dem fortgesetzt der Engel der Verlogenheit durchs Zimmer fliehet und der Geist der Unwahrscheinlichkeit umgibt. Beim 18. Januar denkt ein jeder sofort an die Kaiserkrönung in Versailles, an den großen König Wilhelm und die ihn umgebenden deutschen Fürsten und Balabine, an Bismarck, Wolke, Noon ufo. Der amtliche Erlaß aber darf an mit folgenden Worten: Am 18. Januar sind fünfzig Jahre vergangen, seit die deutschen Stämme sich zum Deutschen Reich zusammengeschlossen haben.“ Gewiß, die deutschen Stämme; aber doch erst durch die Taten der großen Männer der monarchischen Zeit, die die heutigen kleinen Meister leitendwiesen mochten. Deshalb spricht der vorstehende Herr Unterrichtsminister auch „die bestimmte Erwartung“ aus, daß „jede Ausübung der Feier zu vorteilhaftigen Zwecken, insbesondere zur Verherrlichung der früheren Staatsform, unbedingt zu unterlassen ist.“ Wie man es machen soll, der „Bedeutung des Tages gerecht zu werden“,

ohne am 18. Januar der Wiedererrichtung des Deutschen Kaiserreichs, also der damaligen Staatsform, und zwar selbstverständlich in verkehrter Weise, zu gedenken, das anzugehen sollte Herr Goenrich wohl sehr schwer fallen. Wenn dieses Erinnern an jene Zeiten des Ruhmes und Glühes heute von der Regierung Braun-Severing-Goenrich gefördert wird, weil es den nationalen Parteien zugute kommen muß, so verrät sich in dieser Verognis doch nur das schlechte Gewissen der heutigen Inhaber der Regierungsfessel. Und wenn sie, um ihre jämmerlich unwarthafte Haltung zu begründen, auf die „innere und äußere Lage“ hinweisen, die es erfordere, nur ja nach ihrem Rezept zu verfahren, so fügen sie damit sich selbst an. Sie, ihre Parteimache, die feindschaftliche Haltung, hat Deutschland so heruntergebracht, daß man dem deutschen Volke aus Mangel vor den Franzosen einerseits und vor den kommunistischen Zümmern andererseits behauptet, die erhebenden Bilder der Großtaten unserer Väter nicht mehr vor Augen stellen zu dürfen! Man hat ja nicht einmal mehr den Mut, die Feier des 18. Januar in den sonst an nationalen Anknüpfungen allenthalben üblichen äußeren Formen zu begehen. Die Feier soll, so sagt die schöne Anweisung des Ministers, „in allen Schulen würdig und eindrucksvoll“ gehalten sein, vor Unterrichts fällt aber an diesem Tage nicht aus. Bei Bedarf! Das wäre zu viel, konnte den Kindern die Bedeutung dieses Tages so für einzuvermitteln und viellecht auch an die Zeit erinnern, da beim

Einlaufen von Siegesnachrichten auf Befehl des Kaisers schmerzliche Lage die frühestmöglichen Stunden auf die fahnen-geschmückten Tragen riefen. Alles das möchte man ja heute begraben und vergessen sehen. Zum Glück aber werden diese schwächlichen offiziellen Veranstellungen nicht die einzigen Feiern am 18. Januar sein. Vielmehr werden dort, wo die nationalen Volksmassen zu ihren Kundgebungen zusammenströmen, die Wogen vaterländischer Bewegung um so höher schlagen, um zu zeigen, daß es noch ein anderes Deutschland gibt als dieses, das sich in dem für das heutige Regime so beschämenden Erlaß des Ministers Goenrich spiegelt.

Die neuen Verwaltungen im Orient

Die russische Sowjetregierung steht im Begriff, ihren Einfluß im Kaukasus und in Kleinasien immer mehr zu befestigen. Trotz der angetragenen Bemühungen der alliierten Regierungen, durch eine Revision des mit der Türkei abgeschlossenen Friedensvertrages von Sevres die Nationalitäten, die unter Kemal Pascha eine Annaherung an die Bolschewiken willigen vollzogen haben, zu verhindern, ist es nicht gelungen, die weitere Ausbreitung des bolschewistischen Nachdringens in Kleinasien zu verhindern. Der Kriegfriede war zweifellos der bedeutendste Erfolg, den die Bolschewiken seit Jahren erlitten haben. Er hat ihnen ungeheure moralische Wirkungen in den Nationalitäten sowohl als auch bei allen orientalischen Völkern eingebracht. Wenn neuerdings immer wieder Meldungen aufkamen über beabsichtigte Errichtungen von Nationalrepubliken auf Kleinasien Gebiet, so ist dies besonders darauf zurückzuführen, daß die Engländer in ihrer Arbeit vor der Ausbreitung des Bolschewismus in jeder kleinen politischen Verbindung im Orient gleich eine bolschewistische Wache zu legen laßen.

Vor wenigen Tagen war eine englische Wahlermeldung auch in die deutsche Presse gelangt, nach der in Batum die Nationalrepublik ausgerufen worden sei. Die menschenfeindliche Regierung hat diese Meldung durch ihren Berliner Emissarstrager zwar dementieren lassen, aber irgend etwas Wahres ist an diesen Gerichten zweifellos festzustellen, denn das bolschewistische Moskwa-Büro in Wien vermeldet neuerdings eine weitere Meldung, die besagt, daß in Batum Unruhen ausgebrochen seien. Es seien Kriegsschiffe eingelaufen, damit die alliierten Missionen abreiten können. Allerdings wird man noch nicht ganz davon überzeugt sein, daß die Unruhen gerade bolschewistischer Natur sein müssen, weil in Georgien die Menschheit immerhin ein ganz befestigtes Regiment führen und von den alliierten Regierungen alle nur erdenklichen Unterstützungen erhalten, damit sie sich gegen jegliche bolschewistische Gefahr schützen können. Es ist auch nicht anzunehmen, daß die Bolschewiken gerade in Georgien gewalttätig vorgehen, denn sie würden damit der englischen Regierung einen Grund geben, um die englische Flotte in Batum landen und mit kriegerischer Gewalt gegen den Bolschewismus vorgehen zu können. Den Engländern scheint es wirklich nicht unvernünftig zu sein, hier unter dem Anschein der Beschützung des Selbstbestimmungsrechts der Bevölkerung Georgiens eine englische Flottenbasis zu schaffen, um die Verbindungen Sowjet-Rußlands mit dem Orient auf dem Seewege zu unterbrechen.

Zugleich haben die Alliierten berichtet, eine Verhängung zwischen Mustafa Kemal und der Konstantinopeler Regierung herbeizuführen. Wie wenig die Bemühungen von Erfolg gekrönt sind, beweist schon eine amtliche englische Äußerung, der zufolge England niemals an den Verhandlungen zwischen Konstantinopel und Mustafa Kemal interessiert war. Trotzdem läßt sich genau feststellen, was hinaus die alliierte Politik will. Sie hat das Bestreben, eine Trennung der Türkei herbeizuführen, indem sie der Konstantinopeler Regierung einredet, sich mit Mustafa Kemal zu einigen und ihm das von ihm behauptete Gebiet zu überlassen. Würde Mustafa Kemal darauf eingehen, so würde der Einfluß der junatürkischen Bewegung in Konstantinopel außerordentlich geschwächt werden und auch die anderen orientalischen Völkern, die mit abergläubiger Verehrung an Mustafa Kemal hängen, würden enttäuscht sein, wenn dieser sein großes Streben hätte, als sich selbst ein kleines Königreich zu schaffen. Mustafa Kemal wird aber nicht so unglücklich sein, den Wünschen der Alliierten zu folgen. Er weiß ganz genau, daß die Regierung in Konstantinopel eine Gelangung der englischen und französischen Nachfolger ist, und daß sich die Einführung der neuen muslimanischen Welt gegen ihn richten würde, wenn er sich mit den Schwächlingen in Konstantinopel einigen würde.

Zugleich sind aber unter den Alliierten ganz erhebliche Meinungsverschiedenheiten in Bezug auf die Orientfrage aufgetreten. Frankreich, das sich als Beschützer der Menschheit in Griechenland aufstellt, will durchaus nichts von einer Anerkennung der Konstantinopeler Regierung in Griechenland wissen. England dagegen hat bereits schon gewisse Vereinbarungen mit der Konstantinopeler Regierung getroffen, und es muß Vermunderung erregen, mit welcher Schnelligkeit Konstantin sich um England-Fremd entwickelt hat. Diese allmögliche Festigung des englischen Einflusses in Griechenland

